

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 10 Pf. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Wilsdruffer Druckerei, Wilsdruff, ist für alle Druckarbeiten, wie Zeitungs- und Buchdruck, sowie für die Herstellung von Prospekten, Plakaten, etc., bestens geeignet. Die Druckerei ist auch für die Herstellung von Briefmarken, etc., eingerichtet.

Wichtigste Anzeigen: die 4spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3spaltige Reklameweile im täglichen Teil 1 RM. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Druckerei ist für die Herstellung von Briefmarken, etc., eingerichtet.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 107 — 92. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 9. Mai 1933

Marsch ins Neuland.

Nachdem sich in den Kiesenaumärschen am Tage der Arbeit gezeigt hatte, wie stark schon äußerlich der Gedanke der Volksgemeinschaft den des Klassenkampfes überwunden hat, vollzieht sich jetzt in rascher Folge die Formenggebung für die Idee der Volksgemeinschaft auch auf wirtschaftlichem und sozialem Boden. Schon in den Tagen nach der Hissung unserer Fahnen über den Häusern der Gewerkschaften erfolgte die Zusammenfassung des Handels und des deutschen Handwerks in besonderen Reichsständen. Das gleiche gelang dann in kürzester Frist bei der Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung und ihrer verschiedenen Richtungen zu einem dritten Stande dieser Art. Die gleiche Arbeit steht in der Industrie und der Landwirtschaft vor dem Abschluß. Auch die freien Berufe sollen zu einem solchen Stande zusammengefaßt werden; doch sind naturgemäß hierbei größere Schwierigkeiten zu überwinden, weil in diesen Berufen die Zerpfitterung sehr weit geht. Es muß hier, wie auch bei der Industrie, erst eine große Aufzählungsarbeit vollzogen werden, in dem Sinne vor allem, daß die Anzahl kleinerer und kleinerer Organisationen beseitigt wird, um größeren Zusammenfassungen Platz zu machen.

Nicht beim Handel und nicht beim Handwerk, wohl aber in der Industrie, in der Landwirtschaft und in den freien Berufen führt der Weg zur Erreichung dieser Ziele hinaus ins Neuland. Der Geist der nationalsozialistischen Bewegung, das Drängen zum arbeitsgemeinschaftlichen Charakter der neuen Reichsstände hofft aber auch mit der Unsicherheit und den Schwierigkeiten fertig zu werden, die zweifelsohne diesem Marsch ins Neuland bereitet sind oder noch erwachsen werden. Nur in geringem Umfange kann man dabei von Überkommenem ausgehen, kann man an Vorhandenem anknüpfen. In allen Einzelheiten sind die Pläne zum Umbau naturgemäß nicht ausgearbeitet, und wenn man an das italienische Beispiel des korporativen Staates erinnern darf, so weiß man auch, daß der Faschismus bei seinen sozialen und wirtschaftlichen Umbauarbeiten oft zögernd, sorgfältig prüfend vorging und dann doch wieder so manches befristete, was er eingerichtet hatte, um schließlich zu befriedigenden Formen zu gelangen. Hier ist aber gleich auch zu bemerken, daß diese Formen nur für die wirtschaftliche und soziale Struktur Italien passen, daß aber in Deutschland die Vielgestaltigkeit dieses wirtschaftlichen und sozialen Lebens unendlich viel größer ist als im Mutterland des Faschismus. Das Bewußtsein, daß die neue Formenggebung sehr schwierig sein wird, daß sie Zeit fordert trotz allem härtesten Tempo, spricht auch schon aus der Ankündigung des Reichsstatlers Adolf Hitler, der für die Durchführung der Pläne einen Zeitraum von mindestens vier Jahren in Anspruch nahm. Immer wieder ist von der Reichsregierung betont worden, daß es gar nicht möglich sei, das in dieser Zeit der Krise besonders schnell dahintrollende Rad der Entwicklung in einem kurzen Augenblick zum Halten und in eine neue Richtung zu bringen.

Auch der geringfügigste Umbau in einem Hause schafft Unbequemlichkeiten und Störungen. Auf dem Marsche in neues Land hinaus müssen sich Unbequemlichkeiten und Störungen gewiß noch steigern. Ihre Wirkung freilich läßt sich dadurch mildern, daß gleichzeitig wenigstens den allerdringendsten Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Auch das ist geschehen in der Gesetzgebung der letzten drei Monate und ist auch für die Folgezeit in bereits angekindeten Plänen vorbereitet.

Das ergibt für diese Übergangszeit selbstverständlich auch gewisse Härten. Der berufständische Umbau verlangt es, daß wir uns zunächst einmal mit den vorhandenen Lebensmöglichkeiten einrichten. Dazu gehörte, daß, wie es bereits für das Handwerk und für den Einzelhandel geschah, zunächst eine Sperre eingeführt wurde, um während dieser Übergangszeit den Zugang fernzuhalten. Aber diese und andere Notmaßnahmen sind und bleiben nur solche formaler Art und schaffen an sich noch keine Vermehrung der nationalwirtschaftlichen Möglichkeiten. Hierfür treten zwei andere Pläne ein, die der Reichsstatler in seiner Rede am Tage der nationalen Arbeit ganz besonders stark in den Vordergrund hat treten lassen: die Arbeitsbeschaffung in die nächsten Monate und Jahre. Dabei hielt man sich aber im Rahmen des Möglichen und rückte ziemlich energisch von der herkömmlichen Phantasie mancher Arbeitsbeschaffungsprogramme ab. Diese Arbeitsbeschaffung soll unbedingt nach wie vor eine Frage der vollen wirtschaftlichen Rentabilität und Kapitalverwendung bleiben.

Die Neugliederung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland will aber keineswegs nun zu einer Entpersönlichung des Menschen führen. Man kann wohl aber sagen, daß die bisherige Überorganisation mit ihren zahllosen Verbänden und Vereinen eher in Richtung auf die Entpersönlichung gearbeitet hat. In die künftige Neuordnung der Wirtschaft wird

Deutschlands Stellung zur Abrüstung.

„Die Zeit der Diktate ist vorbei!“

Blomberg über Deutschlands Stellung zur Abrüstung. Reichswehrminister von Blomberg gewährte dem außenpolitischen Chefredakteur des WZ, eine Unterredung über den gegenwärtigen Stand der Abrüstungsfrage auf der Genfer Konferenz. Der Reichswehrminister behandelte dabei vor allem die Frage der Vereinheitlichung der Heeresysteme der kontinental-europäischen Staaten und betonte u. a. folgendes: Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 wurde uns durch das Diktat von Versailles die allgemeine, überaus bewährte Wehrpflicht genommen und statt ihrer eine uns völlig fremde Heeresverfassung aufgetrieben. Damals war es das englische Wehrsystem des langdienenden Berufsheeres, zu dessen Einführung wir gezwungen wurden. Jetzt geht die Abrüstungskonferenz darauf aus, uns wieder ein anderes fremdes Wehrsystem zu diktieren, nämlich das des kurzdienenden Milizheeres, das auf französischen Vorschlägen beruht.

Wo bleiben da unsere eigenen sozialen und sonstigen Bedürfnisse? Wo die Rücksichten auf unsere besonderen Verhältnisse? Diese völlige Ausferchtung der deutschen Interessen können wir nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Die uns gegenüber angewandte Methode gibt mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Zeit der Diktate heute vorbei ist. Wir haben bewiesen, daß wir bereit sind, in Genf sozial mitzuarbeiten, aber wir nehmen in einer so einschneidenden Frage wie die des deutschen Wehrsystems kein Ultimatum an.

Wir sind gewiß nicht auf das Heeresystem von Versailles eingeschworen und verlangen keineswegs die Beibehaltung einer Dienstzeit von zwölf Jahren für die Reichswehr. Wir sind vielmehr bereit, die Dienstzeit erheblich abzukürzen. Aber jeder unvorangenehm wird verstehen, daß wir nicht von heute auf morgen von der zwölfjährigen Dienstzeit zu einer Dienstzeit von acht Monaten übergehen können, wie sie der MacDonald-Plan vorsieht. Für uns kann

in Frage kommen, die auch dadurch notwendig wird, daß Deutschland über keine ausgebildeten Reserven verfügt und diesen Mangel ausgleichen muß.

Ferner müssen wir überlegen können, wie sich die Organisation der anderen Heere, ihre Bewaffnung und Ausrüstung gestalten wird. Ehe wir das nicht wissen, ist eine Entscheidung für uns überhaupt nicht möglich. Hierüber haben wir aber bisher von der Gegenseite noch nichts gehört. Es wäre an der Zeit, wenn die Staaten, die uns zur Annahme des englischen Planes drängen, zunächst zu diesen Punkten Stellung nehmen wollten.

Trotzdem der englische Plan das englische Heeresystem, dem seinerzeit das unsere nachgebildet worden ist, un verändert bestehen läßt und nur für die kontinental-europäischen Staaten eine Vereinheitlichung des Wehrsystems vorseht, sind wir im Interesse eines Erfolges der Abrüstungskonferenz bereit, über ein deutsches Entgegenkommen auf diesem Gebiet zu verhandeln. Aber wohlzemerkt, wir sind nur bereit, zu verhandeln. Wir sind nicht bereit, ein Ultimatum oder ein Diktat anzunehmen!

Kritische Lage der Abrüstungskonferenz.

Beratung hinter verschlossenen Türen. Im Präsidium der Abrüstungskonferenz fand hinter verschlossenen Türen eine äußerst bewegte mehrstündige Beratung über die ungewöhnlich kritische Lage der Konferenz statt. Die Vertreter Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten suchten eine sofortige Entscheidung über die

Vereinheitlichung der europäischen Kontinentalheere herbeizuführen. Der englische Staatssekretär Eden erklärte, seine Regierung habe sich überzeugt, daß ohne eine Entscheidung über diese Frage die weiteren Verhandlungen der Konferenz aussichtslos seien. Der amerikanische Vertreter Wilson schloß sich dieser Auffassung an, bezeichnete jedoch die deutsche Auffassung als logisch richtig, aber sachlich undurchführbar. Demgegenüber vertrat der deutsche Vertreter, Votschaffter Radoln, den Standpunkt, daß die laufende erste Lesung des Abkommens durchgeführt werden müsse und daß eine endgültige Stellungnahme zu den einzelnen Punkten des Abrüstungsabkommens erst erfolgen könne, wenn über den Standpunkt der Großmächte zu den Hauptfragen des Abrüstungsproblems Klarheit geschaffen sei.

Die Aussprache wurde von der Gegenseite mit außerordentlichem Nachdruck in der Richtung geführt, daß die Konferenz jetzt

in eine höchst kritische Lage geraten sei, und daß die Haltung der deutschen Regierung als eine kategorische Ablehnung der Hauptfrage über die Vereinheitlichung der europäischen Heere aufzufassen wäre und daher infolge der deutschen Haltung die Weiterführung der Konferenz zwecklos

erscheine. Votschaffter Radoln, der fünf bis sechs mal in die Verhandlungen eingriff, suchte diesem jetzt allgemein propagandistisch verbreiteten Eindruck der angeblichen deutschen Sabotage der Konferenz, immer wieder entgegenzutreten und erklärte, Deutschland könne sein legitimes Wort erst dann sagen, wenn am Abschluß der ersten Lesung sich ein Gesamtbild über die

endgültige Regelung des deutschen Wehrstandes im Abkommen abgezeichnet hätte.

Der Vertreter Italiens, Marquis Sorogna, unterstützte die deutsche Auffassung. Am Schluß der Verhandlungen wurde auf Vorschlag Henderson beschlossen, daß die Abordnungsführer der Hauptmächte zu privaten Besprechungen unverzüglich zusammentreten sollen.

Der amerikanische Marineminister unterstützt deutsche Abänderungsvorschläge.

Marineminister Swanson hat sich ausdrücklich mit den von der deutschen Abordnung in Genf vorgebrachten Abänderungsvorschlägen zum englischen Abrüstungsplan einverstanden erklärt. Er sprach sich sowohl für die Abschaffung der Unterseeboote als auch der Militärflugzeuge aus und erklärte, er habe schon früher in Genf einen ähnlichen Plan unterbreitet. Die europäischen Nationen hätten sich jedoch wegen gegenseitigen Mißtrauens nicht einigen können.

leht und in der Folgezeit der Führergedanke eingebaut sein. In diesem Führergedanken steckt aber als das Entscheidende der Grundgedanke der Verantwortung vor dem ganzen deutschen Volk.

Die deutsche Frauenfront.

Der Bund „Königin Luise“ Hitler unterstellt.

Aufruf an die deutsche Frau. Der Stabsleiter der W.D. der NSDAP, Dr. Robert Ley, hat anlässlich der Schaffung der „Deutschen Frauenfront“ folgenden Aufruf erlassen:

Der „Bund Königin Luise“ hat sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers unterstellt. Damit ist der Weg zur Bildung der „Deutschen Frauenfront“ frei. In den freundschaftlichen Verhandlungen zwischen der Leiterin der NS-Frauenfront, Fräulein Gottschewski, und der Bundesführung des „Bundes Königin Luise“ wurde folgende Organisationsform für die neue große Frauenbewegung festgelegt:

1. An der Spitze steht die deutsche Frauenfrontführerin, Fräulein Gottschewski. Sie wird zugleich die Führerin der NS-Frauenfront sein.

2. Der „Bund Königin Luise“ untersteht der Führung von Frau von Habeln, die Fräulein Gottschewski als der Beauftragten des Führers gegenüber verantwortlich ist. Frau von Habeln ernennt ihre Mitarbeiterinnen im Rahmen der übernommenen Verantwortung. Die Mitglieder des „Bundes Königin Luise“ gelten als Mitarbeiterinnen am Werk Adolf Hitlers im Reich.

3. Das Ziel der Deutschen Frauenfront ist jene große Frauenbewegung, die von einem einheitlichen Willen im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung befeuert ist. Wenn diese innere Gemeinschaft erreicht ist, werden die äußeren Formen in eine einzige Organisation zusammengefaßt werden. Schon jetzt haben alle verantwortlichen Dienststellen der politischen Organisation sowie der NS-Frauenfront und des „Bundes Königin Luise“ dieser neuen Form Rechnung zu tragen, um auch bereits damit diese Einheitsfront herzustellen. Das bedingt, daß die örtlichen Führerinnen der NS-Frauenfront und des „Bundes Königin Luise“ gegenseitig einander achten. In dieser historischen Stunde richte ich den Appell an alle noch absichts stehenden Frauenverbände und Frauenorganisationen, sich der deutschen Revolution beizugehen zu sein und diesem Beispiel zu folgen. Das Volk sehnt sich nach Einheit und einheitlicher Führung. Mögen ihre Führer nicht kleiner sein als das Volk.